Gewerkschaftliche Monatshefte 9'81

Heinz O. Vetter

Initiative für den Frieden

Rede auf der Veranstaltung des DGB zum Antikriegstag am 1.9.1981 in Düsseldorf

I.

Heute vor 42 Jahren wurde vom nationalsozialistischen Deutschland der Zweite Weltkrieg entfesselt. Wir kennen seine furchtbaren Folgen. Einen Dritten Weltkrieg kann niemand gewinnen! Ein Dritter Weltkrieg wird nicht zu begrenzen sein! Ein Dritter Weltkrieg wird die Menschheit an den Rand ihrer Existenz bringen!

Nach den Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki hat die Auseinandersetzung der Weltmächte unkorrigierbar eine weltzerstörerische Dimension erhalten.

Wenn ich diese furchtbaren Wahrheiten so schonungslos ausspreche, dann nicht, weil wir Angst und Schrecken verbreiten wollen. Wir wollen bei Gewerkschaftern, Arbeitnehmern, Bürgern die Bereitschaft stärken, alles Erdenkliche, alles Menschenmögliche zu tun, um den Frieden in Freiheit zu erhalten.

Wir, die organisierte Arbeitnehmerschaft, der Deutsche Gewerkschaftsbund, sind die Verbündeten aller Menschen und Gruppen unseres Volkes, die gleich uns ehrlich den Frieden ersehnen und bereit sind, für ihn zu kämpfen. Und dabei heißt

kämpfen: Aufklären, Bewußtsein bilden, demonstrieren, die Mehrheit des Volkes für die politische Aktion gewinnen.

Es entspricht der erlebten Geschichte, unserer Lebenserfahrung, daß weder die Straße zur Macht noch der Weg der Unterwerfung zum Frieden führen.

Europa war jahrhundertelang ein kriegerischer Kontinent. Die beiden letzten Kriege stecken uns noch in den Knochen. Wer selbst im Kugelhagel gelegen, im Luftschutzbunker gehockt hat, wer die zerstörten Existenzen und die verwüsteten Städte gesehen hat, ahnt, was Krieg *heute* bedeuten würde. Krieg ist mehr als Verstümmelung und Vernichtung von Menschen. Krieg ist die Zerstörung von Ehe, Familie, Heimat. Heute bedrohen jeden einzelnen Menschen auf dieser Erde - Frau, Mann und Kind - 3 Tonnen Sprengstoff - ein wahnwitziger Alptraum!

Dies ist nur eine der entsetzlichen Erkenntnisse, die man gewinnt, wenn man sich genauer mit der jetzigen Rüstung beschäftigt. Die Sprache der Militärs und Rüstungsfachleute jagt einem Schauer über den Rücken. Hinter modernen Begriffen wie Reichweiten, Vorwarnzeiten, Backfire, Marschflugkörper, Mehrfachsprengköpfen ist der alte grausame Tatbestand verborgen: das Auslöschen von Menschenleben, das Zerstören von Kulturen.

George F. Kennan, als amerikanischer Diplomat einst einer der ideologischen Wegbereiter des Kalten Krieges, sagt heute — ich zitiere ihn: „Es würgt mir das Herz, wenn ich sehe, daß Menschen sich zu solchem Denken versteigen. Ich mißtraue auch allen Versuchen, die Probleme durch Begrenzung des Einsatzes oder der Stationierung solcher Waffen zu lösen. Ich sehe keine andere Lösung als die baldige und komplette Ausmusterung dieser Massenvernichtungswaffen aus den Arsenalen der Nationen." Soweit Kennan.

Dem kann man nur zustimmen. Aber die Realitäten machen Lösungen schwer, die uns der gesunde Menschenverstand eingibt. Deshalb müssen wir uns auf mühsamere Wege zu unserem Ziel einer friedlicheren Welt begeben.

Das anhaltende Wettrüsten, eine Politik der Stärke und der Konfrontation, bergen ein unerträgliches Risiko für die Menschheit. Deshalb fordern wir: Weg von der Konfrontation im politischen Denken und Handeln - hin zu einer Politik der Verständigung und Zusammenarbeit!

Der Frieden ist die Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Jede gewerkschaftliche Politik verliert unter dem Damoklesschwert des Atomkriegs ihren Sinn. Friedenssicherung muß oberstes Leitziel aller Politik sein.

Im Zusammenleben der Völker und Staaten sind unterschiedliche Interessen unvermeidlich. Eine verantwortungsbewußte Poltik muß vermeiden, daß sich Spannungen und Konflikte in militärischer! Aktionen entladen. Wo Krieg ausbricht,

hat die Politik versagt. „Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln." Wenn dieses Wort je gestimmt haben sollte — heute jedenfalls stimmt es nicht mehr.

Wir warnen vor einem politischen Denken, das davon ausgeht, unversöhnliche Widersprüche müßten gewaltsam beseitigt werden. Gegensätzliche Interessen rechtfertigten eben nicht Nötigung, Erpressung, Zwang oder Krieg. Kriegsgefahr entsteht eben nicht allein durch Rüstung, sondern auch und vielleicht noch mehr durch die Überzeugung von Politikern, daß sich internationale Konflikte wirksam nur militärisch lösen lassen. Die Kriegsphilosophie preußischer Generale ist doch kein Maßstab im Atomzeitalter! Und Kanonenbootpolitik ist auch in der Luft gefährlich!

Gerade als Deutsche müssen wir dazu beitragen, daß Konflikte durch Verhandlungen und friedlichen Ausgleich geschlichtet werden. Dies ist auch der Grundgedanke der Vereinten Nationen, der bis in die letzte Zeit im Grundsatz unumstritten ist — ich erinnere an die Afghanistan-Resolution, an die Verurteilung Israels nach dem Luftangriff auf den Irak. Dies muß auch für den Einmarsch der südafrikanischen Rassisten in Angola gelten.

Mit ihrer Entspannungspolitik in den 70er Jahren hat die Bundesregierung einen wesentlichen Beitrag geleistet zum friedlichen Interessenausgleich und zu einem geregelten Zusammenleben von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme und entgegengesetzter Bündnisverpflichtungen. Die Ursachen für die Spannungen und Konflikte in Mitteleuropa wurden zwar nicht beseitigt, aber geduldige und zähe Verhandlungen konnten die Grundlagen für ein friedliches Nebeneinander und ein beginnendes Miteinander legen.

Unseren ägyptischen Gästen, die heute unter uns weilen - an ihrer Spitze Kollege Saad Ahmed, Präsident des Ägyptischen Gewerkschaftsbundes -, möchte ich sagen: Ebenso ermutigend wurde in aller Welt der Versuch bewertet, die scheinbar unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Ägypten und Israel zu überwinden. Dieser Friedensvertrag mitten im Hexenkessel des Nahen Ostens ist ein Beweis dafür, daß selbst unlösbar erscheinende Konflikte - bei Bereitschaft aller Partner - einer Lösung zugeführt werden können.

Die Sicherung des Friedens verlangt stets aufs neue: Taten! Sie erfordert beständiges Handeln und entschlossene Schritte, die Spannungen abbauen und Interessen ausgleichen. Wenn es um die Sicherung des Friedens geht, gibt es zur Entspannungspolitik keine Alternative.

Über Annäherung und Verständigung hinaus sind Rüstungskontrollen und Abrüstung für eine konsequente Entspannungspolitik unverzichtbar. Der Frieden kann doch nicht durch gegenseitiges Zu-Tode-Rüsten gesichert werden. Die jetzt erkennbare Aufrüstung der Großmächte führt unausweichlich zur wirtschaftlichen und moralischen Ausbeutung der eigenen und der verbündeten Völker.

In unserem Grundsatzprogramm fordern wir die allgemeine und kontrollierte Abrüstung sowie das Verbot atomarer Waffen und anderer Massenvernichtungsmittel. Es ist selbstverständlich, daß dieses Ziel nur schrittweise erreicht werden kann. Aber die ersten Schritte müssen heute gemacht werden, damit auf Dauer sichtbare Erfolge erzielt werden. Schluß mit dem ständigen Weiterdrehen an der Rüstungsschraube! Die atomare Angst muß raus aus den Köpfen der Menschen!

In der Rüstung vollzieht sich auf furchterregende Weise genau das, was Arbeitnehmer in der Wirtschaft, bei der Anwendung neuer Technologien immer wieder erleben müssen: Was technisch machbar ist, wird auch gemacht - ohne Rücksicht auf die Folgen für die unmittelbar Betroffenen! Ein schlagendes Beispiel ist die Herstellung der Neutronenbombe, die von Militärstrategen als „saubere Lösung" bezeichnet wird, weil ihr Einsatz Menschen töten, aber Waffen und Gebäude unbeschädigt lassen würde.

Die ganze Abgründigkeit dieses Denkens bringt der Erfinder der Neutronenwaffe, der amerikanische Wissenschaftler Cohen, deutlich zum Ausdruck, wenn er sagt, weil der Kampf in der Natur des Menschen liege, werde es in Europa zum Krieg kommen. In dem von ihm ersonnenen Verteidigungssystem sollen an der innerdeutschen Grenze Neutronenwaffen eingesetzt werden. Originalton Cohen: „Naturgemäß würde ein solches System sich am besten an der Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland verwirklichen lassen, also am Eisernen Vorhang." Er sagt aber auch: „Allerdings zeigen die Deutschen ein starkes Widerstreben bei dergleichen Dingen." Da, aber auch nur da, kann ich ihm zustimmen. Unsere Forderung, die Produktion von Atomwaffen einzustellen, gilt uneingeschränkt für die Neutronenbombe. Atomwaffen müssen völkerrechtlich verboten werden!

Es darf nicht so weit kommen, daß die internationale Politik in den Forschungslabors der Rüstungsindustrie gemacht wird und die Politiker zum Vollzugsorgan militärisch-industrieller Prozesse degradiert werden.

Die moderne Technik hat atomare Waffensysteme hervorgebracht, die eine große Zielgenauigkeit mit gewaltiger Sprengkraft verbinden. Das scheint bei manchen Militärdenkern und -Strategen in Ost und West den geistigen fall-out zu bewirken. Sie verkünden, daß ein begrenzter Nuklearkrieg führbar und überlebbar sei. Wer und wieviele ihn überleben würden - das sagen diese Propheten des Schrekkens nicht. Sicher ist, bei einem Atomkrieg in Europa würden Millionen und Abermillionen Menschen ihr Leben lassen. Die eigentliche Perversität liegt darin, daß ein begrenzter Atomkrieg in Europa überhaupt in Betracht gezogen wird. Wir sagen diesem menschenverachtenden Denken den Kampf an!

Ein erster Schritt auf dem Weg zur allgemeinen Abrüstung ist, die Rüstungen auf dem Gebiet der atomaren Mittelstreckenwaffen zu begrenzen und die bestehenden

Potentiale abzubauen. Das gemeinsame europäische Interesse verlangt, daß die drohende Gefahr abgewendet wird, die von diesen Waffen ausgeht. Dies ist nur möglich, wenn die Mittelstreckenwaffen auf beiden Seiten abgerüstet werden. Ich wiederhole: Wer „Pershing" sagt, muß auch „SS 20" sagen.

Wir können denjenigen nicht folgen, die sagen: Lieber rot als tot! Wenn *diese* Art von Pazifismus sich durchsetzen würde, dann wäre auch kein Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, kein Engagement für Befreiungsorganisationen in der Dritten Welt mehr möglich. Sollen wir denn etwa auch umgekehrt sagen: Lieber ausgebeutet als tot?

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das als moralische und politische Grundlage unseres internationalen Systems unbestritten ist, für dessen Verwirklichung sich Millionen von Menschen in aller Welt eingesetzt haben und weiter kämpfen werden, gilt unabdingbar und unteilbar. Wir setzen uns dafür ein, daß dieses Recht überall auf der Welt verwirklicht wird. Wir denken nicht daran, die Schwierigkeiten, die der Verwirklichung dieses Rechts entgegenstehen, durch oberflächliche Parolen hinwegdefinieren zu lassen. Darin werden mir nicht nur die Berliner zustimmen. Wir verteidigen unsere Demokratie. Wir wollen nicht, daß uns ein Gesellschaftssystem aufgezwungen wird, das dem Willen unserer Bevölkerung widerspricht. Und wir sind der festen Überzeugung, daß wir diesen Willen glaubhaft demonstrieren müssen.

Die Bundesrepublik gehört zum nordatlantischen Bündnis. Und es besteht auch kein Zweifel daran, daß insbesondere die militärische Präsenz der 230.000 Amerikaner hier bei uns ganz wesentlich zur Erhaltung des Friedens und der Freiheit in Europa beigetragen hat. Wenn ich dies so klar und deutlich sage, dann muß ich allerdings - wie unter Freunden üblich - auch Kritik anmelden und vor Fehlentwicklungen warnen. Genausowenig, wie wir wollen, daß ganz Europa ein Anhängsel des sowjetischen Imperiums wird, genausowenig wollen wir, daß Europa Züge einer Kolonie der westlichen Vormacht erhält. Das ist kein Anti-Amerikanismus, das hat nichts mit Neutralismus zu tun. In der Tat ist Neutralität für ein Land in unserer Lage heute keine realistische Alternative. Wir sind eben nicht Schweden und Finnland; wir sind eben nicht Österreich und Schweiz. Schon als wirtschaftlich stärkstes Land wird uns kein Nachbar aus der Pflicht entlassen, die politische Last Europas mitzutragen. So gesehen sind wir aber auch berechtigt und verpflichtet, in beide Richtungen unseren europäischen Standpunkt einzubringen.

Wir wollen nicht vor falsche Alternativen gestellt werden - weder von verantwortlichen Politikern noch von Protestbewegungen, so ernsthaft wir ihre Kritik auch erwägen. Wir können stolz sein, daß bei uns so viele Menschen für die Sicherung des Friedens eintreten. Aber wir können ebenso stolz sagen: Gewerkschaftsbewegung ist immer auch Friedensbewegung!

Die Zuspitzung der weltpolitischen Lage hat den Deutschen Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften veranlaßt, mit einer eigenen Initiative die Grundlage für eine Politik des Friedens in Deutschland und in der ganzen Welt verbreitern zu helfen. Indem wir als Arbeitnehmer demonstrieren, wollen wir die Bundesregierung und alle verantwortlichen Politiker unterstützen, die Großmächte an einen Tisch zu bringen. Der Rüstungswettlauf muß gestoppt werden. Wirksame Schritte zur Abrüstung müssen eingeleitet werden und Konflikte müssen friedlich gelöst werden.

Mit unserer Unterschriftenaktion sollen Bundestag und Bundesregierung aufgerufen werden, alles zu tun, was die Verhandlungen zwischen den Regierungen der USA und der UdSSR beschleunigt. Ziele dieser Verhandlungen sollen sein:

- erstens auf die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen in Europa zu verzichten,
- zweitens bereits stationierte Mittelstreckenraketen abzubauen
- und drittens die Produktion von Atomwaffen einzustellen.

Und wenn ich Atomwaffen sage, dann meine ich die ganze grausame Palette von der Atomgranate über die Neutronenwaffe bis hin zur Wasserstoffbombe.

Verhandlungen über die Begrenzung und den Abbau der Mittelstreckenraketen müssen noch in diesem Jahr aufgenommen werden, um den Weg für eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung freizumachen. Was wir dringend brauchen, ist eine Umkehr im Denken: Die Friedenspolitik der Vertrauensbildung muß wieder absoluten politischen Vorrang vor dem Griff nach neuen Waffentechnologien erhalten.

Wie ich heute erfahren habe, fordern der Arbeitgeberverband Gesamtmetall und die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände ihre Mitgliedsfirmen auf, das aktive Eintreten der Betriebsräte für unsere Friedensinitiative zu unterbinden. Dieses Verhalten der Unternehmerverbände ist empörend und entlarvend. Sollen wir daraus auf ihre Haltung zum Frieden schließen? Den Arbeitgebern kann ich nur vorhalten: Wenn es notwendig ist, daß die Idee des Völkerfriedens alle Grenzen überwindet, dann darf sie auch nicht vor den Werktoren stehen bleiben!

Die Ereignisse, aber auch die Versäumnisse der letzten Jahre haben die Voraussetzungen für Verhandlungen zwischen den Weltmächten nicht günstig gestaltet. In vielen Teilen der Welt sahen und sehen sie sich in regionale Konflikte verwickelt. Die Besetzung Afghanistans hat der Entspannungspolitik einen schweren Schlag versetzt. Wir erleben, daß der Geist des Kalten Krieges wieder Einzug hält.

Die beiden Weltmächte müssen jetzt deutliche Zeichen setzen, daß sie Entspannung, nicht Konfrontation wollen. Das blutige Abenteuer Afghanistan muß beendet, der SALT-II-Vertrag muß ratifiziert werden. So kann das gegenseitige Vertrauen wieder hergestellt werden. Erst Fortschritte in dieser Richtung machen weitergehende Erfolge auf dem steinigen Weg zum Frieden möglich.

II.

Die Verständigung zwischen den Völkern wird durch die internationale Zusammenarbeit gefördert. Neben dem kulturellen Austausch fällt dabei den wirtschaftlichen Verbindungen eine wichtige Aufgabe zu. Unsere Erfahrungen mit dem Ost-West-Handel zeigen deutlich, daß diese Zusammenarbeit allen beteiligten Staaten nützt. In unserem Lande werden durch die Kooperation Arbeitsplätze sicherer. Und bei unseren östlichen Nachbarn können mit finanzieller und technischer Unterstützung neue Rohstoff- und Energiequellen erschlossen werden, die in Zukunft ganz Europa zur Verfügung stehen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit läßt Beziehungen wachsen, die die Leistungsfähigkeit der anderen Seite nicht mehr als Bedrohung, sondern als Beitrag zur eigenen Sicherheit erscheinen lassen.

So hat der Frieden aber nicht nur außenpolitische Dimensionen, sondern auch innenpolitische, wirtschaftliche und soziale Aspekte. Das Wort von Friedrich Naumann: „Was nützt die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen", das einige Politiker heute wieder im Munde führen, hat den Rang einer politischen Aussage verloren. Wir wissen aus eigener Erfahrung, und wir sehen es jetzt wieder in England und in Polen: Staaten, die ihre sozialen und gesellschaftlichen Probleme verschleppen, gefährden ihre innere Sicherheit.

Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche und soziale Not — auf solchem Nährboden wachsen Aggressionen. Es wäre nicht das erste Mal, wenn sozialer Haß auf nationale Minderheiten und gesellschaftliche Randgruppen oder schließlich sogar auf andere Völker gerichtet würde. Sichere Arbeitsplätze, wirtschaftliche und soziale Sicherheit sind daher die besten Garanten gegen alle Feinde des Friedens und der Freiheit.

Es waren führende Politiker der Vereinigten Staaten, die diese Erkenntnis nach dem Zweiten Weltkrieg deutlich formuliert haben und daraus Schlußfolgerungen zogen: Der Marshall-Plan für das zerstörte Nachkriegseuropa wurde auch aus der Erkenntnis geboren, daß die Erhaltung des äußeren Friedens und die Sicherung einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaftsordnung ohne wirtschaftliche Entwicklung und soziale Sicherheit nicht möglich ist.

Angesichts der jüngsten Entwicklungen und Erschütterungen in ihren eigenen Einflußbereichen - sei es in El Salvador, sei es in Polen - müßten gerade die beiden Großmächte erkennen: Wirtschaftliche Fehlentwicklungen, soziale Spannungen und gesellschaftliche Konflikte gefährden die Stabilität der von ihnen geführten Bündnisse stärker als das militärische Machtpotential der anderen Seite.

Dies zu betonen, ist mir gerade in einer Zeit weltweiter wirtschaftlicher und sozialer Schwierigkeiten wichtig. Auch wir sind davon nicht verschont geblieben. Die Auswirkungen spiegeln sich in den harten Auseinandersetzungen über die Haushaltspolitik wider, die noch nicht ausgestanden sind. Wir haben uns diesen

Auseinandersetzungen nicht entzogen und eigene Vorschläge unterbreitet, die eine gerechte Verteilung der Belastungen zum Ziel haben. Eingriffe in die *Substanz* der sozialen Sicherheit werden wir nicht hinnehmen.

In den mehr als dreißig Jahren seit 1945 haben wir in der Bundesrepublik einen Staat aufgebaut, den die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften mitprägen und den sie - bei ernster Kritik im einzelnen - als den ihren betrachten. Niemals vorher ist es einer so großen Zahl von Arbeitnehmern über eine so lange Zeit so gut gegangen wie in den vergangenen Jahrzehnten. Das Mehr an Rechten, an Freiheiten, an sozialer Sicherheit, das die letzten dreißig Jahre den Arbeitnehmern hier bei uns gebracht haben - dieser soziale Aufschwung wurde zu einem greifbaren Fortschritt für Millionen Menschen.

Seit Wochen und Monaten wird uns erneut vor Augen geführt, wie gefährdet dieser Fortschritt in Krisenzeiten ist, wie wenig manches davon den Verfechtern einer Ellbogengesellschaft, den Funktionären der Arbeitgeber paßt. Was die Apostel einer asozialen Marktwirtschaft in Bundesbank und Bundesregierung uns verordnen, löst keines der Probleme, die uns bedrücken: Inflation, Flaute, Arbeitslosigkeit. Wir sagen nein zu diesem monetaristischen Darwinismus! Wir wollen nicht zurück in den Steinzeitkapitalismus! Wir müssen denen das Handwerk legen, die die Stunde des Sparens zu einem tiefen Griff in die Tasche der Arbeiter, Angestellten und Beamten nutzen wollen.

Die einzige Abrüstung, der wir uns mit aller Kraft entgegenstellen, ist die soziale Abrüstung. Und die einzige Aufrüstung, die wir vorbehaltlos unterstützen, bleibt die soziale Aufrüstung. Denn soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit sind die Fundamente jeder freiheitlichen Demokratie!

Es ist viel vom Mißbrauch des sozialen Netzes als Hängematte die Rede - und was es an verächtlichen Wendungen noch so gibt. Ich möchte all jene, die so gute Kenntnisse über die offenbar so glänzenden Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer zu haben scheinen, auffordern, uns einmal wissen zu lassen, welche Art von Liegestätte denn sie bevorzugen: Vielleicht die weichen Betten der Selbstgerechtigkeit?

In unserem Bemühen um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit lassen wir uns nicht auf Abwege locken: In der letzten Zeit mehren sich die Stimmen, die die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in den Zusammenhang mit Rüstungsproduktion und Rüstungsexport bringen. Diese Argumentation ist nicht nur falsch, sie ist auch unerträglich. Denn: Jährlich verlieren wir mehr Arbeitsplätze durch Rationalisierung, als Arbeitnehmer in der gesamten deutschen Rüstungsindustrie beschäftigt sind. Die Rüstungsproduktion sichert keine Arbeitsplätze in der Zukunft - weder in den USA noch in der Bundesrepublik. Investionen im Rüstungssektor - das wissen wir Deutsche aus den Erfahrungen von zwei Weltkriegen - haben noch immer dazu geführt, daß der gigantische Kapitaleinsatz dadurch ren-

tabel gemacht werden soll, daß andere Völker unterdrückt und ausgebeutet werden sollen.

Die Staaten dieser Welt, im Osten wie im Westen und zunehmend auch in den armen Ländern der Dritten Welt, wenden geradezu unvorstellbare Summen für militärische Zwecke auf. Es ist beschämend zu erleben, wie in den Vereinigten Staaten der Sozialetat zusammengestrichen wird, während die Verteidigungsausgaben steigen. Wie der amerikanische Präsident sagt: 1,5 Billionen Dollar in sechs Jahren! Es ist beschämend mitzuerleben, wie in der Sowjetunion die militärische Aufrüstung immer schneller vorangetrieben wird, während Grundbedürfnisse der Bevölkerung nur mühsam befriedigt werden können. Und es ist unerträglich, mitansehen zu müssen, wie die ärmsten der armen Länder den Großteil ihrer knappen Mittel für Panzer und Kanonen ausgeben, während ihre Menschen Hunger leiden. Jährlich sterben 5 Millionen Kinder unter sechs Jahren in den Entwicklungsländern einen erbärmlichen Hungertod, während sich gleichzeitig die internationalen Geschäftemacher Goldadern aus dem Berg der Verteidigungsausgaben schlagen. Wir brauchen die Milliarden für die Erhaltung des Lebens, nicht für die Unterhaltung der Waffen.

Die Rüstungsindustrie verfeinert ständig ihre Technologie zur Entwicklung immer perfekter tötender Waffen. Deshalb lautet unsere Forderung: Forschung und Entwicklung, die in allen hochentwickelten Ländern auf staatliche Förderung angewiesen sind und zu einem großen Teil im Dienste der militärischen Rüstung stehen, müssen auf zivile Zwecke ausgerichtet werden. Das ist eine wichtige Aufgabe des Staates. Aber auch unsere Phantasie ist gefordert, dazu müssen auch die Gewerkschaften Vorschläge machen.

Weder in der Bundesrepublik noch in der Sowjetunion noch in den Vereinigten Staaten mangelt es an Bereichen, wo sich Forschung zu humanen Zwecken einsetzen läßt - ich denke an die Energieversorgung, an den Umweltschutz, an medizinische und soziale Dienste.

Natürlich kann die Umstellung auf zivile Produktion ohne eine zentrale Koordinierung des Staates zu negativen wirtschaftlichen Auswirkungen führen - gerade für die Arbeitsplätze. Ich erinnere deshalb an die Forderung unseres 11. Ordentlichen Bundeskongresses, ein Abrüstungsamt zu schaffen. Es soll die Verbindung von Forschung, Handlungsvorbereitung und Verhandlungsführung für die Bereiche Rüstungskontrolle und Abrüstung, Rüstungsexporte und Arbeitsmarktprobleme gewährleisten.

III.

Der Schlüssel zur Erhaltung des Friedens und zur Fortsetzung von Entspannungspolitik liegt bei den Supermächten. Es ist aber auch notwendig, daß dabei die jeweiligen Verbündeten ihre eigenen Interessen gegenüber ihren Führungsmächten

vertreten. Wenn die Bewahrung des Friedens auch vornehmste Aufgabe der Politiker ist, so müssen die Gewerkschaften durchaus das ihre dazu beitragen. Ich will drei Beispiele nennen, wie wir selbst unser Gewicht in die Waagschale werfen können: die internationale Gewerkschaftspolitik, die Entwicklungspolitik, die Erziehung zum Frieden.

Die Gewerkschaftsbewegung versteht sich seit eh und je als Friedensbewegung, deren Solidarität nationale Grenzen überwindet. Wir wissen aus der Geschichte, daß die übernationale Solidarität der Gewerkschaften, der Arbeiterbewegung insgesamt, Kriege nicht hat verhindern können. Angesichts der atomaren Bedrohung haben wir um so mehr den bleibenden eigenen Auftrag, unsere internationalen Beziehungen und Kontakte zu nutzen. Laßt uns überall in der Welt Dämme gegen jede kriegerische Politik bauen.

Der Europäische Gewerkschaftsbund und der Internationale Bund Freier Gewerkschaften, die großen Vereinigungen der Gewerkschaften des Westens, werden alle ihre Möglichkeiten ausschöpfen, um dieser Politik Rückhalt zu verschaffen.

Zwischen den Gewerkschaften westlicher Prägung und den Arbeitnehmerorganisationen der Ostblockländer liegen Welten. In diesem Wissen haben wir — schon vor dem Beginn der Entspannungspolitik - Kontakte geknüpft, und in diesem Wissen werden wir auch weiterhin miteinander sprechen. Und wenn auch kalte Krieger hier bei uns von „Verbrüderung", von „Befehlsempfang" und „Volksfront" faseln: Wir sagen unseren Gesprächspartnern im Osten klipp und klar, wir erwarten von ihnen, daß sie ihre Regierungen zu einer wirkungsvollen Friedens- und Abrüstungspolitik anhalten, und daß sie sich gegen *jede* Aggressions- und Interventionspolitik wenden.

Die Solidarität der internationalen gewerkschaftlichen Bünde und die Kontakte zu den Arbeitnehmerorganisationen des Ostens können keine Wunder wirken. Aber sie können doch dafür sorgen, daß sie denen, die hüben wie drüben bereit sind, über Leichen zu gehen, ein schwer überwindbares Hindernis sind.

Viele Menschen haben erkannt, daß die bedrohlichsten Probleme nicht in Mitteleuropa liegen, sondern in dem Verhältnis zwischen den Industriestaaten und den rohstoffbesitzenden Ländern, in dem Verhältnis zwischen den reichen und den armen Ländern der Dritten Welt. Viele Menschen haben erkannt, daß eine weitere Aufrüstung in Europa keinen Beitrag zur Lösung dieser Probleme leistet. Das Ringen der Supermächte um Einfluß in den wirtschaftlich und strategisch entscheidenden Gebieten dieser Welt könnte Europa selbst zum Ziel gegenseitiger Drohungen und Erpressungen machen.

Wir können die Rüstungsdiskussion in Europa nicht von den Problemen in der Dritten und Vierten Welt trennen. Beinahe alle jener weit über 100 Kriege seit 1945

wurden in der Dritten Welt ausgetragen. Sie wurden möglich durch den verwerflichen internationalen Waffenhandel und die aberwitzige eigene Waffenproduktion der Dritten Welt. Ihre Rüstungsausgaben sind wesentlich stärker gestiegen als ihr Bruttosozialprodukt. Waffenproduktion und Waffenhandel, an dem sich alle Industriestaaten beteiligen, sind ein Krebsgeschwür am Weltfrieden. Wir fordern die Regierungen erneut auf, unverzüglich wirksame Maßnahmen zur Kontrolle des Waffenhandels zu ergreifen.

An seine Stelle muß eine wirksamere Entwicklungshilfe treten - an der sich endlich auch die Industriestaaten des Ostens beteiligen sollten. Sie könnte ein Fundament für eine bessere Zukunft derer bilden, die bisher hungern und darben. Diese Verpflichtung ist weder durch imperialistische Hochnäsigkeit noch durch verbohrte Ideologie zu ersetzen. Wir brauchen eine gerechtere Wirtschaftsordnung, eine neue internationale Arbeitsteilung, die die Millionen von Menschen, die heute in bitterster Armut leben, als Produzenten und Konsumenten am Wirtschaftsleben beteiligt. Wir werden diese unsere Position den Politikern präsentieren, wenn sie sich im Oktober dieses Jahres in Cancun zum Nord-Süd-Gipfel treffen.

Für die dauerhafte Bewahrung des Friedens wird es sehr darauf ankommen, daß ein gerechter Ausgleich zwischen Nord und Süd gefunden wird. Das geht nicht ohne Einsichten, nicht ohne Zugeständnisse derer, die bisher ein Leben *ohne* tiefste Armut führen konnten. Ich weiß, daß das einfacher gesagt als getan ist. Ich weiß auch, daß es schwerfällt, über das Elend in den Entwicklungsländern nachzudenken, wenn der eigene Arbeitsplatz gefährdet ist. Aber ich bin sicher, daß wir Kriege, vielleicht sogar solche mit Atomwaffen, daß wir Aufstände und Bürgerkriege in der Dritten und Vierten Welt nur werden vermeiden können, wenn wir — in guter gewerkschaftlicher Tradition — dabei helfen, daß die Menschen dort nicht mehr hungern müssen und arbeiten können.

Wir wissen nicht, ob der Mensch von Natur aus friedfertig ist. Vieles spricht dagegen. Aber er ist mit Intelligenz begabt. Diese Intelligenz hat ihn befähigt, Waffentechnologien zu entwickeln, deren Einsatz die Menschheit vernichten würde. Diese Intelligenz hat ihn genauso befähigt, gegenseitige Abschreckungsmechanismen zu ersinnen, die den großen Krieg als letzte Konsequenz bislang verhindert haben. Nur: Auf ein Gleichgewicht des Schreckens allein können wir den Frieden nicht bauen. Wirklicher Friede setzt die Freiheit von Angst voraus. Die Intelligenz erlaubt es den Menschen, Konflikte zu erkennen und zu analysieren. Aber erst die Vernunft befähigt ihn, sich in die Lage der anderen hineinzudenken, die eigenen Interessen gegenüber anderen abzuwägen und nach friedlichen Lösungen zu suchen. Die Intelligenz ist dem Menschen gegeben. Zur Vernunft muß er erzogen werden.

Erziehung zu Vernunft ist Erziehung zum Frieden. Die bewußte Erziehung zum Frieden ist das ureigene Feld der Gewerkschaften. Dieser Antikriegstag legt davon

Zeugnis ab. Wir wollen Vorurteile abbauen, Haßgefühlen entgegenwirken, Ausländerfeindlichkeit bekämpfen. Unkenntnis über die Verhältnisse in anderen Ländern, Vorurteile und Haß gegenüber Menschen anderer Bekenntnisse, anderer Hautfarbe oder Rasse, anderer Nation, sind oft genug zur Kriegsvorbereitung oder Kriegführung benutzt worden. Wer wüßte das besser als wir Deutsche.

Aus den zwei Weltkriegen dieses Jahrhunderts ziehen wir den Schluß: Nie wieder Krieg! Nie wieder Krieg von Deutschland aus! Nie wieder Krieg in Deutschland - in Europa! Aus dieser Einsicht, mit diesem tiefen Wunsch beginnen wir heute unsere Friedensinitiative, die Friedensinitiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Anders als vor 42 Jahren können wir, die deutschen Gewerkschaften, heute in Freiheit unseren Willen zum Frieden bekunden. Wer sich dieser Initiative anschließt, wer unseren Aufruf unterschreibt, unterschreibt nicht für eine Partei, nicht für eine Konfession, nicht für eine Regierung. Er unterschreibt für kein anderes Ziel als für den Frieden. Alle, die diese Initiative mittragen wollen, sind willkommen. Euch aber, alle unsere Mitglieder, fordere ich auf: Stärkt die Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes - lebt und arbeitet für den Frieden!